



Marlene Haupt, Sandra Zimmermann, Laura Müller

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Geschlechter- verhältnisse

EUROPA

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

EUROPA

Europa braucht Soziale Demokratie!

In welchem Europa wollen wir leben? Wie können wir unsere europäischen Träume von Freiheit, Frieden und Demokratie auch gegen innere und äußere Widerstände verwirklichen? Wie können wir die Soziale Demokratie stark in Europa positionieren? Diesen Fragen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Reihe „Politik für Europa“. Wir zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich, sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Sozial-ökologische Transformation
- Zukunft der Arbeit
- Frieden und Sicherheit

In Veröffentlichungen und Veranstaltungen greifen wir diese Themen auf.

Wir geben Impulse und beraten Entscheidungsträger_innen aus Politik und Gewerkschaften. Wir treiben die Debatte über die Zukunft Europas voran und legen konkrete Vorschläge für die Gestaltung der zentralen Politikfelder vor. Wir wollen diese Debatte mit Ihnen führen in unserer Reihe „Politik für Europa“!

Über diese Publikation

Dieser Beitrag analysiert die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Deutschland und ihre Bewältigung aus Genderperspektive. In den Blick genommen werden soziale Ungleichheit, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Erwerbs- und Sorgearbeit sowie Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen.

Über die Autorinnen

Prof. Dr. Marlene Haupt ist Schwerpunktprofessorin für Behavioral Economics and Social Policy an der Hochschule Ravensburg-Weingarten (RWU).

Dr. Sandra Zimmermann leitet das Forschungsfeld „Internationale Sozialpolitik“ bei WifOR.

Laura Müller ist Doktorandin bei WifOR und im Bereich „Internationale Sozialpolitik“ tätig.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Vanessa Kiesel, Arbeitsbereich Familien- und Geschlechterpolitik, Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Marlene Haupt, Sandra Zimmermann, Laura Müller

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Geschlechterverhältnisse

1.	WAS BISHER GESCHAH – EIN ÜBERBLICK ZU DEN CORONABEDINGTEN LOCKDOWNS IN DEUTSCHLAND	2
2.	GESCHLECHTSSPEZIFISCHE ARBEITSMARKT- EFFEKTE DER PANDEMIE	4
3.	FOLGEN DER SCHUL- UND KITASCHLIESSUNGEN FÜR GESCHLECHTSSPEZIFISCHE ARBEITSTEILUNG	6
4.	CORONA UND GEWALT GEGEN FRAUEN IN PAARBEZIEHUNGEN	8
5.	FAZIT UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	9
	Abbildungen	12
	Literaturverzeichnis	13

1

WAS BISHER GESCHAH – EIN ÜBERBLICK ZU DEN CORONABEDINGTEN LOCKDOWNS IN DEUTSCHLAND

Mehr Gewalterfahrung, negative Auswirkungen auf Karrierechancen und Alterssicherung, Belastungen durch fehlende Kinderbetreuung und eine Verlagerung von Care-Arbeit – die COVID-19 Pandemie hat sich stark auf das Leben von Menschen ausgewirkt und strukturelle Geschlechterungleichheit offenbart und verstärkt. Dieser Beitrag analysiert die Bewältigungsstrategien und Folgen der Pandemie aus Genderperspektive.

DIE MASSNAHMEN

Nach Auftreten der ersten COVID-19-Fälle im Januar 2020 richtete die Bundesregierung zur Pandemiebekämpfung im Februar 2020 einen Krisenstab ein.¹ Dieser setzte sich aus Vertreter_innen verschiedener Ministerien zusammen und diente dazu, ressortspezifische Fähigkeiten zu bündeln. Nicht Teil des Krisenstabs war das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Haupt/Lind 2021: 284). Im März 2020 rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Pandemie aus und die Bundesregierung warnte vor einer Überlastung des Gesundheitssystems.

Bereits kurz darauf beschloss die Bundesregierung einen Lockdown ab 22.3., den sie sukzessive bis Mai 2020 verlängerte. Bund und Länder einigten sich auf Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen. Ab Ende April galt in allen deutschen Bundesländern eine Pflicht zur Bedeckung von Mund und Nase.

Kindertagesstätten und Schulen sowie die Gastronomie und der Einzelhandel (ausgenommen Geschäfte des täglichen Bedarfs) mussten schließen. Mit Bekanntgabe der Kita- und Schulschließungen geriet die Bildungs- und Betreuungspolitik in eine bislang unbekannte Situation (Blum/Dobrotic 2021). Gleichzeitig empfahl die Bundesregierung, wenn möglich im Homeoffice zu arbeiten. Um Eltern in dieser Zeit zu entlasten, beschloss das Kabinett im März 2020 Hilfs- und Unterstützungsangebote. Diese sahen beispielsweise die Zahlung eines einmaligen Kinderbonus und einen Entlastungsbetrag (Einkommensteuerabzug) für Alleinerziehende vor (Haupt/Lind 2021). Gleichzeitig wurde der Zugang zum Kurzarbeitergeld, das sich am Nettogehalt orientiert (Haupt et al. 2020), sowie zur Grundsicherung erleichtert, der Berufstätige in sämtlichen Branchen absichern soll. Der vereinfachte Zugang zum Kurzarbeitergeld war noch bis Ende Juni 2022 wirksam

(Bundesministerium für Gesundheit 2022). Die Lockerung der Maßnahmen des ersten Lockdowns sah neben dem Einkaufen in größeren Geschäften auch eine Öffnung von Spielplätzen, Museen, Zoos und Gotteshäusern vor.

Die Wiederöffnung der Schulen und Kindertagesbetreuung erfolgte stufenweise und in den Bundesländern unterschiedlich. Dies traf auch auf die Öffnung der Gastronomie im Sommer 2020 zu. Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt waren die ersten Bundesländer, die Mitte Mai die Gastronomie wieder öffneten. In Abhängigkeit von der Fallzahlenentwicklung verhängten einige Landkreise in Deutschland jedoch erneut Lockdowns. Aufgrund der lokalen Coronavirus-Ausbrüche erließen einige Bundesländer innerdeutsche Einreiserestriktionen während der sommerlichen Ferienzeit. Nach den Sommerferien 2020 kehrten in ganz Deutschland die Schüler_innen wieder in den Präsenzunterricht zurück – teilweise wurde jedoch auch eine Kombination aus Präsenz- und Fernunterricht fortgeführt (Blum/Dobrotic 2021). Zum Schuljahresbeginn waren Hamburg und Nordrhein-Westfalen die ersten Bundesländer, die die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung an Schulen einführten – die anderen Bundesländer folgten. Sobald in einzelnen Schulen Corona-Fälle auftraten, schlossen diese wieder zeitweise.

In einem zweiten Teil-Lockdown, der Anfang November 2020 in Kraft trat und schließlich bis Mai 2021 verlängert wurde, blieben zwar zunächst die Schulen geöffnet, die Gastronomie und der Tourismus- sowie Kulturbetrieb wurden hingegen geschlossen. Anfang Dezember schlossen jedoch neben dem Einzelhandel auch die Kitas und Schulen erneut – der Zeitpunkt variierte je nach Bundesland.

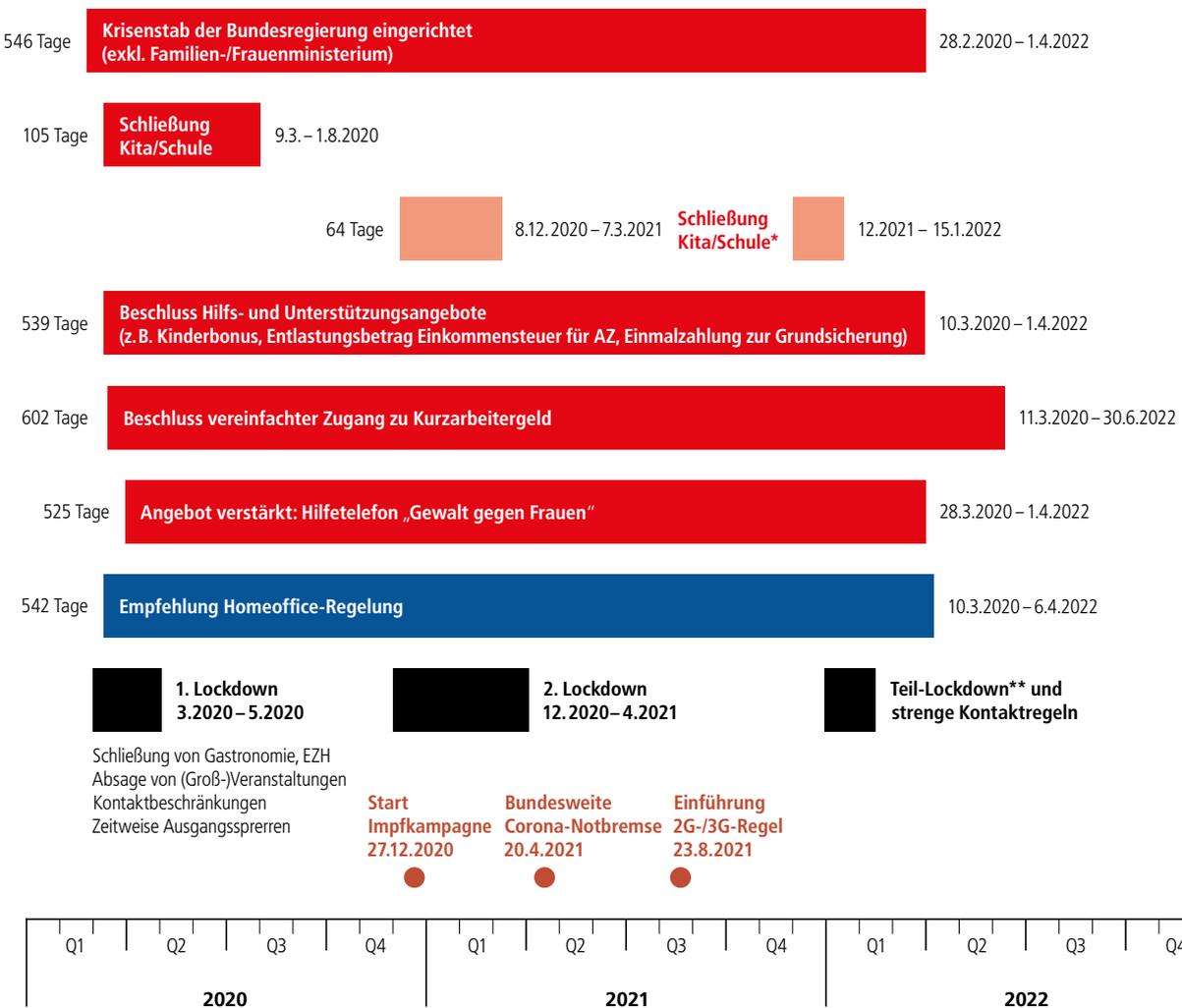
Ende Dezember 2020 startete die Impfkampagne in Deutschland. Zuerst geimpft wurden über 80-Jährige und das Personal im Gesundheitswesen.

Neben der Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung galt in den deutschen Schulen ab Mitte April 2021 eine Testpflicht. Die Quarantäneregeln in Kitas und Schulen waren jedoch bundesweit nicht einheitlich. Allerdings endete das Jahr 2021 mit einem Beschluss des Bundes und der Länder (21.12.2021), der strengere Kontaktbeschränkungen nach Weihnachten, auch für Geimpfte, vorsah (siehe Abbildung 1 auf der Folgeseite).

Im Folgenden sollen die Auswirkungen der Lockdowns auf den Arbeitsmarkt, die Situation in den Familien sowie die Gewalt gegen Frauen aufgezeigt werden.

¹ Dieser wurde im Mai 2022 aufgelöst.

Abbildung 1
Beschlüsse zur COVID-19-Pandemiebekämpfung im Zeitverlauf



* Unterschiede zw. Bundesländern
 ** in Sachsen und Sachsen-Anhalt

2

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE ARBEITSMARKTEFFEKTE DER PANDEMIE

Die Corona-Pandemie hat weitreichende und unterschiedliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und für die unterschiedlichen Gruppen am Arbeitsmarkt.

ARBEITSLOSIGKEIT

Mit Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit (als Folge der coronabedingten Lockdowns) zeigen sich kaum geschlechtsspezifische Unterschiede. Männer und Frauen waren bzw. sind im Laufe der Pandemie gleichermaßen von einem (kurzfristigen) Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen. Im ersten Corona-Jahr 2020 war ein Anstieg der Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) bei Frauen von April bis August von 5,4 Prozent auf 6,1 Prozent zu beobachten. Danach zeichnete sich eine Entspannung ab, sodass im August 2021 5,5 Prozent und im April 2022 noch 4,8 Prozent arbeitslos gemeldet waren. Bei den Männern verlief die Entwicklung ähnlich: Während im April 2020 die Arbeitslosenquote bei 6,2 Prozent und im August 2020 und April 2021 bei 6,8 Prozent bzw. 6,4 Prozent lag, sank sie im April 2022 auf 5,3 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2022). Dass die Entwicklung bei Männern und Frauen ähnlich verlief, hat damit zu tun, wie sehr einzelne Branchen in der Pandemie betroffen waren. So waren sowohl das männlich dominierte produzierende Gewerbe als auch die (personennahen) Dienstleistungsbereiche wie zum Beispiel das Gastgewerbe oder körpernahe Dienstleistungen, die einen hohen weiblichen Beschäftigungsanteil aufweisen, von der Krise betroffen. Die möglichen finanziellen Folgen können für Frauen jedoch gravierender sein als für Männer, da sich das Arbeitslosengeld am Nettoeinkommen orientiert. Der Gender Pay Gap hat somit auch negative Effekte im Fall von Arbeitslosigkeit.

KURZARBEIT, ARBEITSSTUNDEN UND SELBSTSTÄNDIGKEIT

Ähnlich wie in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 griffen Unternehmen auch während der Corona-Pandemie auf das arbeitsmarktpolitische Instrument der Kurzarbeit zurück. Allerdings bestehen deutliche strukturelle Unterschiede zwischen den beiden Krisen. Während in der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem männerdominierte Berufe und Wirtschaftszweige von Kurzarbeit betroffen waren, gilt dies nun verstärkt für Frauen. Allerdings ist das Bild ambivalent: Zum einen wurde in Branchen mit einem hohen Frauenanteil (wie

zum Beispiel Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe, Kultur oder personenbezogene Dienstleistungen) viel Kurzarbeit angezeigt, zum anderen gab es Branchen mit einem hohen Frauenanteil (wie zum Beispiel Gesundheits- und Sozialwesen), die während der Pandemie kaum Kurzarbeit anzeigten. Im März 2020 lag der Frauenanteil in der Kurzarbeit bei ca. 46 Prozent. Bis zum September 2020 sank der Anteil leicht auf 37 Prozent und lag dennoch auch im Vergleich zur Krise 2009 deutlich über dem Durchschnitt (18 bis 25 Prozent) (Institut Arbeit und Qualifikation 2021). Ein weiterer Unterschied zeigt sich mit Blick auf die Familiensituationen: Aufgrund der lockdownbedingten Kita-, Kindergarten- und Schulschließungen nahm die Belastung in den Familien sehr zu, da maßgeblich Frauen die häusliche Kinderbetreuung schulterten (siehe Abschnitte unten) (Illing et al. 2022). Die außergewöhnlich hohen Frauenanteile in der Kurzarbeit haben auch negative ökonomische Folgen, da Frauen häufig weniger Kurzarbeitergeld erhalten als Männer. Dies liegt maßgeblich daran, dass es sich genau wie das Arbeitslosengeld am Nettogehalt orientiert und dieses nicht zuletzt wegen des Ehegattensplittings und der Lohnsteuerklasse V bei vielen verheirateten Frauen besonders niedrig ausfällt (Hammerschmid et al. 2020). Hinzu kommt, dass Frauen seltener eine Aufstockung des Kurzarbeitergelds durch ihre Arbeitgeber_innen erhalten (Kohlrausch/Zucco 2020). Diese Zahlen beziehen sich auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Ein Blick auf die ausschließlich geringfügig Beschäftigten (sogenannte Minijobber_innen) zeigt ein anderes Bild. Vor der Pandemie waren ca. 60 Prozent von ihnen weiblich. Da es für diese Beschäftigungsverhältnisse keine stabilisierenden Maßnahmen gab, hatte dies zur Folge, dass ca. neun Prozent der Frauen ihren Minijob verloren, während es bei den Männern sieben Prozent waren (Globisch et al. 2022). Diese Entwicklungen haben neben den unmittelbaren finanziellen Einbußen auch negative Folgen für die Frauen in Form von niedrigeren Rentenanwartschaften, aber unter Umständen auch zunehmende finanzielle Abhängigkeiten im Paarkontext.

Aktuelle Auswertungen des Arbeitsausfalls (als Summe verlorener Arbeitszeit durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen, dass Männer und Frauen ähnlich stark davon betroffen waren. Während des ersten Lockdowns ist ein Anstieg des Arbeitsausfalls – sowohl für Männer als auch für Frauen – von Februar auf April 2020 um durchschnittlich 8,5 Prozentpunkte zu verzeichnen. Dieser reduzierte sich zwar bis Oktober, war aber immer noch ca. vier Prozentpunkte höher als im Fe-

bruar 2020, also vor der Pandemie. Gleichzeitig sank die wöchentliche Arbeitszeit der Frauen von Februar bis April um ca. drei Stunden und die der Männer um etwa vier Stunden, im September waren es ca. eine bzw. ca. zwei Stunden (Illing et al. 2022).

Doch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen hatten nicht nur Auswirkungen auf abhängig Beschäftigte, sondern auch auf Selbstständige. Eine Corona-Sonderauswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt, dass 63 Prozent der selbstständigen Frauen Einkommensverluste erlitten, während es bei den selbstständigen Männern nur ca. 47 Prozent waren. Zurückzuführen ist dies unter anderem darauf, dass die Branchen, in denen Frauen als Selbstständige arbeiten, maßgeblich von den Lockdown-Maßnahmen betroffen waren (Seebauer et al. 2021). Die Unterstützungszahlungen (zum Beispiel die sogenannten Novemberhilfen) empfanden viele Selbstständige als zu gering und die administrativen Hürden als zu hoch. Die monetären Einbußen sowie die Aufwände für die Behördenanträge, aber auch die zusätzlichen Betreuungsaufgaben in den Familien waren vor allem für Frauen psychisch belastend (Stichwort „mental load“) (ebd.).

3

FOLGEN DER SCHUL- UND KITASCHLIESSUNGEN FÜR DIE GESCHLECHTSSPEZIFISCHE ARBEITSTEILUNG

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (vor allem die Lockdowns) haben nicht nur direkte und unterschiedliche Folgen auf dem Arbeitsmarkt für Männer und Frauen, es zeigen sich auch deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Familien- und Haushaltssituationen.

ARBEITSBELASTUNG

Was die Arbeitsbelastung und die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben, von Erwerbs- und Sorgearbeit angeht, lässt sich eine kontinuierliche Veränderung von Frühjahr 2020 (erste Lockdown-Phase) bis Frühjahr 2021 (zweite Lockdown-Phase) erkennen (Holst et al. 2021). Bereits während des ersten Lockdowns hat die Veränderung der Arbeitsbedingungen für 50 Prozent der Erwerbstätigen die Arbeitsbelastung erhöht. Im Folgejahr 2021 traf dies bereits für 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung zu. Insbesondere Frauen sind von steigenden Belastungen betroffen. Erklären lässt sich dies durch die berufliche Segregation von Frauen und Männern. Vor allem Erwerbstätige aus den Branchen Gesundheit, Handel sowie Erziehung und Unterricht melden steigende Belastungen.²

Infolge der gestiegenen Belastungen durch Kinderbetreuung und zusätzliche Arbeitsbelastung ist die allgemeine Lebenszufriedenheit gesunken – dies trifft sowohl für Frauen als auch für Männer zu (Fuchs-Schündeln/Stephan 2020). Betroffen sind vor allem die Lebensbereiche „Freizeit“ und „Familienleben“. Der Zusammenhang zwischen gesteigener Belastung und Lebenszufriedenheit ist bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern (ebd.).

KINDERBETREUUNGSZEITEN

Infolge der Schließungen sowie der Kontaktverbote sind etablierte informelle Care-Netzwerke weggebrochen, sodass die Kinderbetreuung und das schulische Lernen vollständig in die Verantwortung der Erziehungsberechtigten übergeben wurden (Blum/Dobrotic 2021). Die Ergebnisse der SOEP-CoV-Studie aus den Monaten April und Mai 2020, in denen die Kitas und Schulen in Deutschland geschlossen waren, zeigen, dass die Hauptlast der Kinderbetreuung während des Lockdowns

die Mütter trugen (Zinn et al. 2020). So ist die Dauer der Kinderbetreuung an Werktagen von Frauen in diesem Zeitraum im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 2,9 Stunden auf insgesamt 9,6 Stunden gestiegen. Allerdings sind im gleichen Zeitraum auch die Betreuungszeiten der Väter um 2,5 Stunden gestiegen – diese kommen während der Pandemie auf eine Stundenzahl von 5,3. Damit haben die Betreuungszeiten der Väter während der Pandemie überproportional zugenommen, die Väter sind allerdings von einem deutlich niedrigeren Niveau aus gestartet. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die geschlechtsspezifische Diskrepanz der Kinderbetreuungszeiten ihren Ursprung bereits vor der Pandemie hatte (Männer: 2,5 Stunden; Frauen: 6,7 Stunden) und die Pandemie dieses Phänomen verstärkt hat. Festgehalten werden kann folglich, dass die Kinderbetreuung sowohl vor als auch während der Pandemie noch zu über 60 Prozent fast vollständig oder überwiegend von Frauen übernommen wurde (Globisch/Osiander 2020).

Weitere geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Kinderbetreuungszeiten zeigen sich mit Blick auf vertikale Untersuchungsebenen wie Erwerbsstatus und Bildungsniveau. Der zeitliche Umfang der Kinderbetreuung von Frauen, die in Vollzeit arbeiten, hat sich während der Pandemie um insgesamt eine Stunde mehr erhöht als die Betreuungszeiten der Vollzeit arbeitenden Männer (Frauen Vollzeit: Erhöhung der Betreuungszeiten um 2,9 Stunden; Männer Vollzeit: Erhöhung der Betreuungszeiten um 1,9 Stunden) (Zinn et al. 2020). Die größte Diskrepanz besteht zwischen nicht erwerbstätigen Frauen und nicht erwerbstätigen Männern: Diese Frauen leisten mit 14,6 Stunden einen fast doppelt so hohen Beitrag zur Kinderbetreuung wie Männer. Deren Engagement umfasst lediglich acht Stunden.³

Auf der vertikalen Untersuchungsebene lassen sich hinsichtlich der Organisation der Kinderbetreuung Unterschiede zwischen den Erwerbsklassen feststellen (Holst et al. 2021). Untere Erwerbsklassen greifen deutlich häufiger auf ihr soziales Netzwerk zwecks Kinderbetreuung zurück und reduzieren ihre Arbeitszeit in geringerem Umfang als Erwerbstätige in akademischen und halb akademischen Berufen. Ein Beispiel: In interpersonellen Arbeitsbereichen⁴ reduzierten im April/

² Die negativen Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben fallen mit Blick auf die Klassenungleichheit jedoch vergleichsweise gering aus und sind nicht signifikant (Holst et al. 2021).

³ Bei den Angaben zu nicht erwerbstätigen Männern handelt es sich um eine Stichprobe, die kleiner 30 ist (Zinn et al. 2020).

⁴ Arbeitsbereiche, die sich durch menschliche Interaktionen auszeichnen.

Mai 2021 ein Viertel der Erwerbstätigen in oberen Erwerbsklassen⁵ ihre Arbeitszeit. Dem stehen nur 18 Prozent Arbeitszeitreduktion aufseiten der Erwerbstätigen in unteren Erwerbsklassen⁶ gegenüber (ebd.: 54). Grund dafür ist wahrscheinlich, dass untere Erwerbsklassen ihre Arbeitszeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht reduzieren können.

Mit sinkendem Bildungsniveau nimmt die Belastung zu – dies trifft insbesondere für Alleinerziehende zu. Alleinerziehende mit niedrigem Bildungsniveau geben einen Belastungswert von 2,9 an, während dieser für Alleinerziehende mit hohem Bildungsniveau (Fach-/Hochschulabschluss) nur bei 1,8 liegt (Zinn et al. 2020).

VEREINBARKEITSKONFLIKTE

Infolge der Schulschließungen waren Erziehungsberechtigte damit konfrontiert, ohne direkte Unterstützung einer Lehrkraft, in angemessener Zeit und Qualität Lernziele zu erfüllen (Zinn et al. 2020). So führte die Kinderbetreuung häufig zu Konflikten mit der Erwerbsarbeit der Erziehungsberechtigten (Holst et al. 2021). Betrachtet man die Lockdown-Zeiträume April/Mai 2020 und April/Mai 2021, zeigt sich, dass nur knapp 15 Prozent der Erziehenden keine Schwierigkeiten mit der Kinderbetreuung hatten (ebd.). Dem stehen fast 50 Prozent der Erwerbstätigen gegenüber, die von häufigen oder sehr häufigen Konflikten zwischen Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung berichten (ebd.). Von solchen Konflikten waren überwiegend Frauen betroffen. Die asymmetrische Verteilung von Sorgearbeit führte dazu, dass 60 Prozent der Mütter im Jahr 2020 und 51 Prozent im Jahr 2021 Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung hatten (ebd.). Grund dafür ist unter anderem, dass Frauen den größeren Anteil der zusätzlich anfallenden Sorgearbeit übernahmen – häufig verbunden mit Arbeitszeitreduktion (Kohlrausch/Zucco 2020).

Die Herausforderung des Homeschoolings empfanden Eltern in Paarbeziehungen im Durchschnitt als „mittelmäßig belastend“ (Skalenwert 2,3) (Zinn et al. 2020) – bei einer Skala von 1 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 5 („stimme voll und ganz zu“). Jedoch stuften Alleinerziehende die Belastung durch Homeschooling etwas höher ein (Skalenwert 2,6) (ebd.). Insbesondere nahm die Belastung der Kinderbetreuung bzw. des Homeschoolings für erwerbstätige Frauen, die im Homeoffice arbeiteten, stark zu (Fuchs-Schündeln/Stephan 2020). Folglich wurde die Vereinbarkeitsproblematik durch die Arbeit im Homeoffice nicht zufriedenstellend gelöst.

⁵ Soziokulturelle Expert_innen (Ärzt_innen, Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen) (Holst et al. 2021).

⁶ Dienstleistende (Pflegeassistent_innen, Köch_innen, Verkäufer_innen) (ebd.).

4

CORONA UND GEWALT GEGEN FRAUEN IN PAARBEZIEHUNGEN

Lockdowns und andere Formen von Einschränkungen wie Schul- und Kitaschließungen, aber auch finanzielle Sorgen und Zukunftsängste haben viele Partnerschaften und Familien während der Corona-Krise vor große Herausforderungen gestellt. Expert_innen hatten schon zu Beginn der Corona-Krise vor einem Anstieg häuslicher Gewalt gewarnt, die sich meist gegen Frauen und Kinder richtet. Erste Evidenz für diese Vermutung liefern Dunkelfeldergebnisse der Technischen Universität München und des RWI Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung. Demnach berichten für die vier Wochen vor dem Befragungszeitpunkt (22.4. bis 8.5.2020) 3,1 Prozent der befragten Personen von körperlichen Auseinandersetzungen und 3,8 Prozent von Erfahrungen mit Bedrohungssituationen. Das Opferrisiko war dabei besonders hoch, wenn sich die Befragten zu Hause in Quarantäne befanden, eine_r der Partner_innen infolge der Pandemie in Kurzarbeit oder arbeitslos war oder eine_r der Partner_innen Angst oder Depressionen hatte (Steinert/Ebert 2020). Einen weiteren Hinweis auf die besondere Bedrohungslage während der Corona-Pandemie liefert der Jahresbericht des Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“. Demnach wurden 2020 mit insgesamt 51.400 Anrufen 15 Prozent mehr Kontakte registriert als im Vorjahr (BMFSFJ/BAFzA 2021).

Die kriminalstatistische Auswertung zur Partnerschaftsgewalt des Bundeskriminalamts (BKA) weist für das Jahr 2020 146.655 Fälle von Gewalt in Partnerschaften mit 148.031 Opfern aus. Dies entspricht einem Anstieg von 4,9 Prozent bzw. 4,4 Prozent gegenüber 2019. Circa 80 Prozent der Opfer sind weiblich (BKA 2021).⁷

Ein Problem stellt allerdings die hohe Dunkelziffer dar, da sich Betroffene häufig nicht an Behörden und Hilfeeinrichtungen wenden. Ursachen hierfür sind unter anderem eine finanzielle Abhängigkeit vom Täter und die Sorge um gemeinsame Kinder. Während das BKA von einer Zunahme der Partnerschaftsgewalt um 4,4 Prozent berichtet, geht der Weiße Ring entlang eigener Erhebungen von etwa sechs Prozent mehr häuslicher Gewalt aus. Frauenhäuser und -notrufe hatten während der Pandemie von einem noch deutlicheren Plus berichtet. Hier besteht weiterer Untersuchungsbedarf: So kommt beispielsweise eine ifo-Studie zu Fällen häuslicher Gewalt in London, die auf Google-Suchdaten beruht, zu dem

Ergebnis, dass der Anstieg von Fällen häuslicher Gewalt siebenmal höher war, als er in Polizeistatistiken erfasst wurde (Anderberg et al. 2022).

⁷ Die Auswertungen für das Berichtsjahr 2021 werden voraussichtlich im November 2022 veröffentlicht.

5

FAZIT UND HANDLUNGS- EMPFEHLUNGEN

Die Corona-Krise stellt unsere gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen und erweist sich zugleich als Brennglas für viele gleichstellungspolitische Missstände. Obwohl die (präventiven) Schließungen von Kitas und Schulen in Deutschland an letzter Stelle aller Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung standen, sind die Folgen wie soziale Exklusion, wachsende soziale Bildungsungleichheit und zunehmende Konflikte zwischen Familien- und Erwerbsarbeit sowie geschlechtsspezifische Ungleichheit und zunehmende Gewalterfahrungen von Kindern und Frauen nicht zu unterschätzen.

In der vorliegenden Ad-hoc-Analyse wurden drei Dimensionen aus einer Genderperspektive beleuchtet, deren Ergebnisse in Abbildung 2 zusammengefasst werden.

Wie die Analyse zeigt, sind die Auswirkungen des Pandemiegeschehens vielfältig und haben sich im Zeitverlauf verändert. Um einer geschlechtsspezifischen Ungleichheit in Krisenzeiten vorzubeugen und eine gendergerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verwirklichen, finden sich nachfolgend einige zentrale Handlungsempfehlungen.

Im Hinblick auf die geschlechtsspezifischen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ist festzustellen, dass sich diese voraussichtlich negativ auf die Karrierechancen und die Alterssicherung von Frauen auswirken. Darüber hinaus verstärkt sich die finanzielle Abhängigkeit von Frauen in Familien, wenn das männliche Alleinverdienermodell krisenbedingt wieder an Relevanz gewinnt. Welchen wesentlichen Beitrag die institutionalisierte Kinderbetreuung in Deutschland zur gleichen Verteilung von Sorgearbeit, Vereinbarkeit von Beruf und (Familien-)Leben und damit zu Ent- bzw. Belastungen leistet, wird durch die Schließungen von Kitas und Schulen ersichtlich. Eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung – auch in Krisenzeiten – ist eine zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit für die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. Um die Arbeitsmarktpolitik nachhaltig geschlechtergerecht zu gestalten, ist es daher essenziell, Familien- und Geschlechterpolitik gleichwertig und institutionell zu verankern (Haupt et al. 2020) und einen ganzheitlichen Ansatz zu etablieren, der in allen Politikfeldern umgesetzt wird. Abgeleitet werden können Maßnahmen zur strukturellen Veränderung beispielsweise mittels Gender Mainstreaming, Gender Budgeting und Gender Monitoring – die Ergebnisse hieraus schaffen zusätzlich gesellschaftliche Akzeptanz für etwaige Reformen.

Um negative Auswirkungen der COVID-19 Pandemie abzufedern, bieten sich die folgenden Instrumente und Maßnahmen an:

- **Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten:** Gezeigt wurde, dass Frauen ihre unbezahlte Sorgearbeit während der Pandemie stärker erhöhten als Männer. Um der steigenden Arbeitsbelastung und den Vereinbarkeitskonflikten auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen, sollte die Politik einen Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten verankern und entsprechend flankieren (BMFSFJ 2021).
- **Gerechte Aufteilung bezahlter und unbezahlter Aufgaben:** Die COVID-19-Pandemie führte zu einer Retraditionalisierung des Sorge-Leitbilds, das unbezahlte Care-Arbeit Frauen zuweist (Haupt et al. 2020; Zinn et al. 2020). Um diese ungleiche Verteilung aufzubrechen, schlägt Allmendinger (2020) vor, die Biografien von Männern an die von Frauen anzugleichen, indem zum Beispiel für beide Geschlechter die 32-Stunden-Woche institutionalisiert wird.
- **Reform des Ehegattensplittings:** Das Ehegattensplitting führt oft zur höheren Besteuerung der Gehälter von Frauen (Krell/Sieber 2020). Das wirkte sich negativ auf die Einkommenssituation während der Pandemie aus, da Frauen nicht nur häufiger von Kurzarbeit betroffen waren, sondern zudem ein niedrigeres Kurzarbeitergeld erhielten (Haupt et al. 2020). Eine Reform des Ehegattensplittings ist folglich dringend geboten (BMFSFJ 2021; Bomert et al. 2021; Haupt et al. 2020; Wrohlich 2021).
- **Einführung des Gender Budgeting:** Die pandemiebedingten Hilfsprogramme haben auf Männer und Frauen einen unterschiedlichen Effekt. Als Gegenmaßnahme sollten staatliche Konjunkturprogramme systematisch überprüft und dem Gender Budgeting unterworfen sein (Hammerschmid et al. 2020). Dabei sollte „Care als Analysekategorie“ mit einbezogen werden (Bomert et al. 2021: 11).

Konkrete Politikempfehlungen im Kontext der Gewalterfahrungen von Frauen leiten Steinert und Ebert (2020) ab:

- **Hilfsangebote** müssen besser in der Öffentlichkeit beworben werden.
- Hilfe und Beratungen, auch psychologische Beratungen und Therapien, müssen auch **online angeboten** werden.
- Gewährleistung der **Betreuung** von Kindern
- **Frauenhäuser** und Hilfestellen müssen systemrelevant bleiben.

Abbildung 2

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Geschlechterverhältnisse

Arbeitslosigkeit: Anstieg der Arbeitslosenquote von Frauen April–August 2020: 0,7 Prozentpunkte/ von Männern April–August 2020: 0,6 Prozentpunkte
Kurzarbeit: Frauenanteil 46% (März 2020) und 37% (September 2020)
Selbstständigkeit: 63% der Frauen und 47% der Männer verzeichnen Einkommensverluste.



Arbeitsbelastung: Vor allem Branchen mit hohen Frauenanteilen zeigen gestiegene Arbeitsbelastungen (z. B. Gesundheit/Erziehung und Unterricht). Gestiegene Arbeitsbelastung führt zu einem Rückgang der Lebenszufriedenheit.
Kinderbetreuung: Kinderbetreuungszeit (in Stunden) von Frauen 9,6 und von Männern 5,3 während des ersten Lockdowns. Die größte Diskrepanz zwischen den Betreuungszeiten besteht zwischen nicht erwerbstätigen Frauen (14,6) und nicht erwerbstätigen Männern (8,0).
Vereinbarkeitskonflikte: 60% der erwerbstätigen Mütter haben Vereinbarkeitsprobleme (Lockdown 2020). Die Belastung des Homeschoolings wird von Alleinerziehenden höher empfunden als in Partnerschaften.



Gewalterfahrungen: Beim Hilfetelefon Zunahme der Kontaktaufnahme um 15% (im Jahr 2020). Die Fälle von Gewalt in Partnerschaften sind im Jahr 2020 um 4,4% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Circa 80% der Opfer sind weiblich. Es ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.



Fazit: Geschlechtsspezifische soziale, strukturelle und finanzielle Ungleichheiten beeinflussen sich wechselseitig und haben für Frauen in der Corona-Pandemie weitreichende Folgen. Die Segregation des Arbeitsmarktes und die Ungleichverteilung der Einkommen, der Erwerbsbeteiligung und der Sorgearbeit führen zu einer asymmetrischen Verteilung von Belastungssituationen und haben sich im Pandemiegeschehen u. a. durch den Anstieg von Gewalterfahrungen gezeigt.

Abbildungen

- 3 Abbildung 1
Beschlüsse zur COVID-19-Pandemiebekämpfung im Zeitverlauf
- 10 Abbildung 2
**Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Geschlechter-
verhältnisse**

Literaturverzeichnis

Allmendinger, Jutta 2020: Zurück in alte Rollen – Corona bedroht die Geschlechtergerechtigkeit (Nr. 168). WZB Mitteilungen, Berlin.

Anderberg, Dan; Rainer, Helmut; Siuda, Fabian 2022: Der Einfluss der Covid-19-Pandemie auf häusliche Gewalt – neue Ansätze zur Quantifizierung mittels Google-Suchdaten (Nr. 1). ifo Schnelldienst.

BKA 2021: Partnerschaftsgewalt. Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2020, Wiesbaden.

Blum, Sonja; Dobrotic, Ivana 2021: Die Kita- und Schulschließungen in der COVID-19-Pandemie. doi:10.25656/01:21515.

BMFSFJ/BAFzA 2021: Jahresbericht des Hilfetelefons Gewalt gegen Frauen 2020, Berlin.

BMFSFJ 2021: Dritter Gleichstellungsbericht – Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten, Berlin.

Bomert, Christiane; Landhäußer, Sandra; Lohner, Eva Maria; Stauber, Barbara 2021: Care! Zum Verhältnis von Sorge und Sozialer Arbeit, Wiesbaden: Springer Fachmedien. doi:10.1007/978-3-658-31060-8.

Bundesagentur für Arbeit 2022: Tabellen: Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf: Entwicklung der Arbeitslosenquote (Strukturmerkmale), Nürnberg.

Bundesministerium für Gesundheit 2022: Coronavirus-Pandemie: Was geschah wann?, Berlin, <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus.html> (29.7.2022).

Fuchs-Schündeln, Nicola; Stephan, Gesine 2020: Bei drei Vierteln der erwerbstätigen Eltern ist die Belastung durch Kinderbetreuung in der Covid-19-Pandemie gestiegen. IAB-Forum.

Globisch, Claudia; Müller, Dana; Fuchs, Michaela; Christoph, Bernhard; Danneck, Viktoria; Dummert, Sandra; Volkert, Marieke; Abendroth, Anja; Anger, Silke; Boll, Christina; Carstensen, Tanja; Fervers, Lukas; Hipp, Lena; Jacob, Marita; Knize, Veronika; Kreyenfeld, Michaela; Lott, Yvonne; Naujoks, Tabea; Sauermann, Armin; Schüller, Simone; Tobler, Lina 2022: Aufteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern (Nr. 5). IAB-Kurzbericht.

Globisch, Claudia; Osiander, Christopher 2020: Sind Frauen die Verliererinnen der Covid-19-Pandemie? IAB-Forum.

Hammerschmid, Anna von; Schmieder, Julia; Wrohlich, Katharina 2020: Frauen in Corona-Krise stärker am Arbeitsmarkt betroffen als Männer. DIW aktuell, https://www.diw.de/de/diw_01.c.789751.de/publikationen/diw_aktuell/2020_0042/frauen_in_corona-krise_staerker_am_arbeitsmarkt_betroffen_als_maenner.html (29.7.2022).

Haupt, Marlene; Hofmann, Sandra; Lind, Viola 2020: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück? Corona in Deutschland aus der Genderperspektive. Ein Überblick über verfügbare Forschungsergebnisse.

Haupt, Marlene; Lind, Viola 2021: Gleichstellung in der Krise – Eine vergleichende Analyse der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Gleichstellung der Geschlechter in Deutschland und Schweden, in: Sozialer Fortschritt 5/6, S. 267–292.

Holst, Hajo; Niehoff, Steffen; Fessler, Agnes 2021: Arbeitswelt-Monitor „Arbeiten in der Corona Krise“. Ein Jahr Corona – die mittelfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeitswelt. Ein Vergleich der Erhebungswellen aus den beiden „harten Lockdowns“ April/Mai 2020 und April/Mai 2021.

Illing, Hannah; Oberfichtner, Michael; Pestel, Nico; Schmieder, Johannes; Trenkle, Simon 2022: Geschlechtsspezifische Arbeitsmarktwirkung der Covid-19-Pandemie (Nr. 3). IAB-Kurzbericht.

Institut Arbeit und Qualifikation 2021: Kurzarbeit und Kurzarbeitergeld. Sozialpolitik aktuell.

Kohlrausch, Bettina; Zucco, Aline 2020: Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. Policy Brief WSI 05/2022, Nr. 40, Düsseldorf.

Krell, Claudia; Sieber, Andrea 2020: Geschlechterverhältnisse im Krisenmodus: Zwischen Retraditionalisierung und Innovation. PhiN_Beiheft Nr. 24.

Seebauer, Johannes; Kritikos, Alexander; Graeber, Daniel 2021: Warum vor allem weibliche Selbstständige Verliererinnen der Covid-19-Krise sind. DIW Wochenbericht 15/2021.

Steinert, Janina; Ebert, Cara 2020: Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse.

Wrohlich, Katharina 2021: Gender Care Gap: Sorgearbeit gerecht verteilen, in: Wirtschaftsdienst 101/10, S. 748. doi:<https://doi.org/10.1007/s10273-021-3016-0>.

Zinn, Sabine; Kreyenfeld, Michaela; Bayer, Michael 2020: Kinderbetreuung in Corona-Zeiten: Mütter tragen die Hauptlast, aber Väter holen auf (SOEP-CoV-Studie Nr. 51). DIW aktuell, DIW Berlin/SOEP.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u.a. Archiv und Bibliothek

IMPRESSUM

© 2022

Friedrich-Ebert-Stiftung

Abteilung Analyse, Planung und Beratung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN: 978-3-98628-290-5

Titelmotiv: © picture-alliance/dpa – Rainer Jensen
Gestaltungskonzept: www.bergsee-blau.de
Umsetzung/Layout: www.stetzer.net

EUROPA

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Geschlechterverhältnisse

Mehr Gewalterfahrung, negative Auswirkungen auf Karrierechancen und Alterssicherung, Belastungen durch fehlende Kinderbetreuung und eine Verlagerung von Care-Arbeit – die COVID-19-Pandemie hat strukturelle Geschlechterungleichheit offenbart und verstärkt. Dieser Beitrag analysiert die Bewältigungsstrategien und Folgen der Pandemie aus Genderperspektive und macht Vorschläge für eine geschlechtergerechte Krisenpolitik.